



Gymnasiasten befürworten «Ehe für alle»

Am «Tag der Demokratie» des Gymnasiums debattieren Vertreter der Politik untereinander und mit Schülern über LGBTQ+-Themen.

Elias Quaderer

Jüngst kam in Liechtenstein wieder die «Ehe für alle»: Der Staatsgerichtshof entschied im Mai, dass das Verbot der Stiefkindadoption für gleichgeschlechtliche Paare verfassungswidrig sei. Der Gerichtshof beauftragte den Landtag, innerhalb eines Jahres für «eine diskriminierungsfreie Ausgestaltung der familiären Beziehungen» zu sorgen. Damit wird die Politik um das Thema gleichgeschlechtliche Ehe nicht herumkommen. Und am 26. September stimmt die Schweiz über die «Ehe für alle» ab. Ein Ja wird sich auf die **Meinungsbildung** im Fürstentum auswirken.

Vor diesem Hintergrund führte das Liechtensteinische Gymnasium gestern zum ersten Mal den «Tag der Demokratie» durch. Den ganzen Vormittag besprachen Politiker Themen rund um Toleranz und LGBTQ+ untereinander und mit den vierten und fünften Klassen des Gymnasiums.

Politik einig: Ende der Diskriminierung nötig

Den Auftakt der Veranstaltung bildete eine Podiumsdiskussion der Politiker in der Aula. Eigentlich hätten sich auch die Schüler dort einfinden sollen, doch aufgrund der neuen Corona-Schutzbestimmungen wurde beschlossen, stattdessen die Diskussion in die Klassenzimmer zu streamen. Diese Anpassung sei sinnbildlich für die Demokratie, meinte Rektor Eugen Nägele in seinen Begrüssungs-

worten: «Auch die Demokratie muss sich stets an neue Rahmenbedingungen anpassen.»

Stefan Marxer, Vorstandsmittglied von Flay, erklärt zu Beginn die aktuelle rechtliche Problematik: «Ich allein kann ein Kind adoptieren, aber gemeinsam mit meinem Partner kann ich das nicht.» Grundsätzlich waren sich alle einig, dass diese Diskriminierung im Partnerschaftsgesetz aufzuheben ist. Der FBP-Abgeordnete Daniel Seger hielt fest, dass Liechtenstein «bei LGBTQ+-Themen sicher nicht an vorderster Front steht». Aktuell gehe es vor allem darum, Rechtssicherheit für Paare und Kinder zu schaffen. Denn es gibt im Land bereits gleichgeschlechtliche Paare mit Adoptivkindern. Die stellvertretende FL-Abgeordnete Sandra Fausch fügte an, dass die Gleichbehandlung von homo- und heterosexuellen Paaren nur logisch sei.

Einen anderen Standpunkt vertrat der DpL-Abgeordnete Herbert Elkuch. Für ihn sollen die beiden Institutionen eingetragene Partnerschaft und Ehe voneinander getrennt behandelt werden. Die Ehe soll weiter einzig heterosexuellen Paaren zustehen, da es nur bei diesen Partnerschaften möglich ist, ein Kind zu zeugen. Doch für Elkuch steht auch fest, dass die Diskriminierungen im Partnerschaftsgesetz weg müssen.

«Liechtenstein ist liberaler, als man denkt»

Ob sie auch Gegner der «Ehe für alle» verstehen können, wollte Moderator Raffael von Arx von der Schweizer Organisation «**Discuss it**» wissen. VU-Generalsekretär Michael Winkler erklärte, man müsse verstehen, wenn es einigen Personen in dieser Frage zu schnell geht. Meist würden sie aber nicht aus einem bösen Motiv heraus handeln, sondern es gehe um diffuse Ängste. Diese Personen gelte es abzuholen.

Stefan Marxer ergänzte, dass mittlerweile queere Menschen sichtbar geworden seien. Fast jeder habe einen Kollegen oder Verwandten aus der LGBTQ+-Community und frage sich: «Warum soll diese Person nicht auch mit ihrem Partner glücklich werden?» Daniel Seger meinte, dass das Bild des konservativen Liechtensteins nicht mehr zutreffe. Anders sei nicht zu erklären, dass 2011 das Partnerschaftsgesetz mit fast 70 Prozent angenommen wurde. «Liechtenstein ist liberaler, als man denkt», so der FBP-Abgeordnete.

Zumindest für das Gymnasium scheint dieser Eindruck zuzutreffen. Bei einer Onlineabstimmung sprachen sich über 150 Schüler für die «Ehe für alle» aus, lediglich neun waren dagegen.

«Ein Skeptiker wäre schön gewesen»

Im Anschluss an die Podiumsdiskussion besuchten die Politiker mehrere Klassenzimmer und standen den Schülern Rede



und Antwort. Ein Schüler merkte kritisch an, dass die Einigkeit die Debatte eintönig machte. «Es wäre schön gewesen, hätte es einen Skeptiker gegeben.» Ein anderer fragte, weshalb das Thema nicht bereits erledigt ist,

wenn sich doch alle einig sind. Flay-Vorstandsmitglied Stefan Marxer antwortete darauf, dass die demokratischen Prozesse nun einmal ihre Zeit benötigen.

Die Schüler nutzten die Gelegenheit auch, um allgemeine

politische Fragen zu stellen. So fragte ein Schüler den VU-Generalsekretär, ob seine Partei kommunistisch oder kapitalistisch sei. Michael Winklers Antwort: «Die VU orientiert sich am Kapitalismus.»



Der Abgeordnete Herbert Elkuch stand den Gymnasiasten Rede und Antwort.

Bild: Eugen Nägele